



Regierungsratsbeschluss vom 16. September 2025

Ratschlag betreffend Bewilligung Staatsbeitrag zugunsten der Frauenberatungsstelle der familiea für den Zeitraum 2026–2029

P251389

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat genehmigt den Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Präsidialdepartement, und dem Verein «familiea» für die Jahre 2026–2029 unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Grossen Rat.

Begründung

Familea führt seit 1907 eine polyvalente Frauenberatungsstelle (Sozial- und Rechtsberatung) für Frauen mit Wohnsitz in Basel-Stadt, die nicht von einer anderen Beratungsstelle unterstützt werden und/oder nicht in der Lage sind, sich aufgrund ihrer prekären finanziellen Verhältnisse private Unterstützung zu organisieren. Seit 1975 werden dafür kantonale Subventionen ausgerichtet. Die Frauenberatungsstelle der familiea leistet als Staatsbeitragsempfängerin mit diesem Angebot einen wichtigen Beitrag, um der strukturellen Benachteiligung von Frauen entgegenzuwirken. Der bestehende Vertrag läuft am 31. Dezember 2025 aus; er soll für die Jahre 2026 bis 2029 erneuert und aufgrund der stark gestiegenen Nachfrage sowie der zunehmend komplexen Fragestellungen auf 484'000 Franken p. a. erhöht werden.

